

Zwangsvollstreckungsverfahren Rundfunkbeitrag

Anfrage der AfD-Fraktion

- 101.19.282 -

11. Januar 2022

1 von 1

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Zu wie vielen Zwangsvollstreckungsverfahren ist es in Kassel in den Jahren 2016 (01.01.2016) bis 2020 (31.12.2020) wegen zahlungssäumiger Personen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunkbeitrag gekommen? (Bitte nach Jahreszahlen aufschlüsseln)
2. Zu wie vielen Zwangsvollstreckungsverfahren ist es in Kassel von Januar bis einschließlich Oktober 2021 wegen zahlungssäumiger Personen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunkbeitrages gekommen?
3. Welcher jährliche Kosten- und Personalaufwand besteht für die Stadt im Rahmen von Zwangsvollstreckungsverfahren für den öffentlich-rechtlichen Rundfunkbeitrag?
4. Welche Aufwandsentschädigung für Amtshilfe pro Zwangsvollstreckungsfall wird der Stadt von Seiten des öffentlich-rechtlichen Rundfunkbeitrages i. d. R. erstattet?
5. Besteht für die Stadt die Möglichkeit, Amtshilfe für Vollstreckungsersuche des öffentlich-rechtlichen Rundfunkbeitrages abzulehnen?
6. Falls die Frage Nr. 5 bejaht werden sollte: Aus welchen Gründen und wie oft wurden solche Ersuche in den Jahren 2016 bis 2020 sowie von Januar bis einschließlich Oktober 2021 verweigert? (Bitte nach Jahreszahlen aufschlüsseln)
7. Falls die Frage Nr. 5 verneint werden sollte: In wie vielen Fällen war die Eintreibung der säumigen Forderungen erfolgreich? (Bitte in Prozent angeben)

Oberbürgermeister Geselle beantwortet die Anfrage. Eine Tabelle der entsprechenden Zahlen wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Nach Beantwortung durch Oberbürgermeister Geselle erklärt Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann die Anfrage für erledigt.

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
Vorsitzende

Annika Kuhlmann
Schriftführerin